

Polarisierte Gesellschaft?

Verbündete, Schlichter und Abklärer
im Geschäft der soziologischen Zeitdiagnose

Heiko Kleve im Gespräch mit Richard Münch

Leben wir tatsächlich in einer polarisierten Gesellschaft? Und wenn ja, zwischen welchen Polaritäten verlaufen die Konfliktlinien? Diese Fragen werden derzeit nicht nur in der akademischen Soziologie, sondern auch in den Medien, der Politik und den alltäglichen Lebenswelten kontrovers diskutiert. Angesichts dramatischer aufeinanderfolgender Krisen prallen gegensätzliche Positionen aufeinander, die das Potential haben, die Bevölkerung zu spalten. Wie lassen sich solche Konflikte verstehen? Und vor allem: Welche Lösungs- und Vermittlungsmöglichkeiten können angedacht werden? Nils Kumkar und Uwe Schimank haben im letzten Heft der SOZIOLOGIE einen Strukturierungsvorschlag für soziologische Zeitdiagnosen zu dieser Thematik erarbeitet. Im Folgenden führen wir dazu ein Gespräch, das weiter klären soll, was die Soziologie zu dieser Thematik von größter gegenwärtiger Kulturbedeutung im Sinne Max Webers beizutragen hat. Es handelt sich um die Fortführung und längere Fassung eines in der *Zeitschrift für Konfliktmanagement* begonnenen Gesprächs (Kleve, Münch 2024).

Heiko Kleve: Nils Kumkar und Uwe Schimank (2025) haben jüngst in Bezug auf soziologische Analysen zum Thema der gesellschaftlichen Polarisierung drei Rollen unterschieden, in denen man sich diesem Gegenstand soziologisch nähern kann: die Rollen des Verbündeten, des Schlichters und des Abklärers. Was halten Sie davon?

Richard Münch: Kumkar und Schimanks Unterscheidung dieser drei soziologischen Herangehensweisen bietet eine hilfreiche Strukturierung der Debatte über die polarisierte Gesellschaft. Sie macht klar, dass alle drei Herangehensweisen ihre Berechtigung haben, die sich letztlich im soziologischen Diskurs bewähren muss. So gibt es hier auch kein Privileg des Abklärs, der scheinbar distanziert über allen steht. Der Abklärer hat keineswegs die Wahrheit gepachtet. Er muss sich auf gleicher Augenhöhe mit den beiden anderen Herangehensweisen auf den üblichen Prüfstand des kritischen soziologischen Diskurses stellen. Das ist gut zu verstehen, wenn man sich klar macht, dass die drei Rollen in den Entdeckungszusammenhang soziologischer Analysen gehören. In einem davon unabhängigen Begründungszusammenhang wird jedoch über deren Plausibilität und letztlich Wahrheit im kritischen Diskurs entschieden. Im Verwendungszusammenhang kann von ihnen schließlich nach beliebigen Interessen Gebrauch gemacht werden. Man kann also im Entdeckungszusammenhang als Verbündeter, Schlichter oder Abklärer zu soziologischen Zeitdiagnosen gelangen. Was daran soziologisch haltbar ist, wird im Begründungszusammenhang erörtert. Und für welche Interessen die Diagnosen eingesetzt werden, ergibt sich aus der Interessenlage im Verwendungszusammenhang. So ist es ohne weiteres möglich, dass die Analysen eines Verbündeten auch für andere als die Interessen verwendet werden, mit denen er sich verbündet sieht. Die Analysen eines Schlichters können einseitig von einer Konfliktpartei in ihrem Interesse aufgegriffen werden. Der Schlichter kann zum Beispiel unwillentlich zum Verbündeten populistischer Parteien werden. Auch was als Abklärung verstanden wird, kann in den Dienst bestimmter Interessen gestellt werden, wodurch sie unwillentlich zur Verbündeten dieser Interessen wird. In allen drei Fällen wird die Indienstnahme soziologischer Analysen für spezifische Interessen dadurch erleichtert, dass sie per Interpretation für diese Interessen zurechtgelegt werden können. Darauf hat der Autor einer Zeitdiagnose keinen direkten Einfluss. Mit den drei Rollen verbinden sich besondere Gefahren der Indienstnahme für spezifische Interessen. Der Verbündete begibt sich grundsätzlich in die Gefahr, Fakten in den Vordergrund zu stellen, die das verbündete Interesse stützen, und andere Fakten, die dagegen sprechen könnten, im Verborgenen zu belassen. Die Zeitdiagnose eines Schlichters kann von der Opposition in einem Herrschaftskonflikt genutzt werden, um die Berechtigung der eigenen Posi-

tionierung zu unterstreichen und der anderen Seite eine mangelnde Respektierung der eigenen Rechte und Interessen vorzuwerfen. Der Abklärer läuft Gefahr, im soziologischen Elfenbeinturm den Bezug zur sozialen Wirklichkeit zu verlieren, Missstände zu übersehen und damit den Status quo im Interesse der herrschenden Eliten zu legitimieren. All das gehört auf den Prüfstand des kritischen wissenschaftlichen Diskurses im Begründungszusammenhang, in dem allein die sowohl im Entdeckungszusammenhang als auch im Verwendungszusammenhang gegebenen Einseitigkeiten korrigiert werden können und aus dem alle Interessen des Entdeckungs- und Verwendungszusammenhangs ferngehalten werden müssen. Die Motive des Autors und der Nutzer einer soziologischen Analyse spielen keine Rolle bei ihrer kritischen Prüfung in Bezug auf ihre Wahrheit. Ein besonderes Augenmerk darf aber der Konstellation gelten, dass eine soziologisch fragwürdige, von der Wirklichkeit nicht gedeckte Analyse in den Dienst bestimmter Interessen genommen wird.

HK: Mit Blick auf Ihr Buch »Polarisierte Gesellschaft« (2023) haben Ihnen Kumkar und Schimank die Rolle eines Schlichters zugeordnet. Wie verstehen Sie die Rolle eines Schlichters und sehen Sie sich selbst auch in dieser?

RM: Mit der Zuweisung der Rolle eines Schlichters kann ich gut leben, wenn das allein auf den Entdeckungszusammenhang bezogen wird, wiewohl ich von meinem Soziologieverständnis her die Rolle der politisch unabhängigen soziologischen Aufklärung bevorzuge. Was mich wirklich antreibt, ist intellektuelle Neugierde. Ich möchte sehen, zu welchen Erkenntnissen über soziale Phänomene von großer gesellschaftlicher Relevanz uns die Soziologie tragen kann. Vielleicht rührt meine Einordnung als Schlichter durch Kumkar und Schimank daher, dass ich Soziologie mit Max Weber als Wirklichkeitswissenschaft verstehe. Das heißt, dass ich zunächst einmal davon ausgehe, dass das Phänomen der Polarisierung existiert, wenn alle Welt davon spricht. Ich würde mir nicht anmaßen wollen, aller Welt von der Warte eines soziologischen Elfenbeinturms herab zu erklären, dass da hitzig über etwas debattiert wird, das es gar nicht gibt. Ich entnehme also meine Untersuchungsgegenstände der sozialen Wirklichkeit der handelnden Subjekte und ich versuche zu vermeiden, mit vorgestanzten theoretischen Schablonen oder statistischen Konstrukten an die soziale Wirklichkeit heranzugehen. Stattdessen steht das – stets nur halbwegs erfolgreiche – Bemühen im Vordergrund, im Sinne von Bourdieu die materielle und symbolische Konstruktion der

sozialen Wirklichkeit in ihrem Zusammenspiel so weit wie möglich aus den gesellschaftlichen Positionen und Positionierungen der Akteure selbst heraus zu erschließen. Das schließt mit ein, die Positionierungen der Akteure in den materiellen und symbolischen Kämpfen als solche zu erfassen und ihnen nicht von außen soziologische Konzepte überzustülpen, die eine eigene soziologische Realität fernab von der Realität der handelnden Subjekte selbst schaffen. Ich denke, dass man der Wirklichkeit der Menschen näher kommt, wenn man ihnen zuhört, was ich beispielsweise mit der Auswertung von Leserbriefen getan habe. Das mag Kumkar und Schimank bewogen haben, meine Intervention als diejenige eines Schlichters einzuordnen, obwohl ich an sich nur das soziologische Interesse des verstehenden Erklärens eines aktuellen gesellschaftlichen Zustandes im Auge habe. Dabei kommt es mir auch im Sinne Max Webers darauf an, nicht x-beliebige soziale Phänomene zu untersuchen, sondern solche von Kulturbedeutung in dem Sinne, dass sie maßgeblichen und nachhaltigen Einfluss auf Kultur und gesellschaftliches Zusammenleben ausüben.

Selbstverständlich arbeitet auch eine soziologische Wirklichkeitswissenschaft mit Begrifflichkeiten und theoretischen Annahmen, wie wir es am Werk von Max Weber gut erkennen können. Was sie auszeichnen soll, ist das Bemühen, eine Brücke zwischen der soziologischen Analyse und der Wirklichkeit, wie sie von den handelnden Subjekten erlebt wird, herzustellen. Das ist ein schwieriger Balanceakt, der immer nur mehr oder weniger gut gelingen kann. Wir sind es gewohnt, die soziale Wirklichkeit mit soziologischen Begrifflichkeiten zu beschreiben. Begriff und Wirklichkeit bilden eine Art Symbiose, bei der es leicht passieren kann, dass wir uns in einer soziologisch konstruierten Wirklichkeit vergaloppieren, die uns in sich stimmig erscheint, diese Stimmigkeit aber mit einem gewissen Wirklichkeitsverlust erkaufte wird. Ich möchte mich keineswegs von vornherein davon freisprechen. Das gilt auch für meine Polarisierungsdiagnose, bei der sicherlich auch die reine Lust an der soziologischen Konstruktion eines interessanten sozialen Phänomens die Hand geführt hat. Das zu korrigieren, dafür haben wir ja den wissenschaftlichen Diskurs.

Auf keinen Fall möchte ich aber die Rolle eines Schlichters so verstanden wissen, dass die »Berechtigung« artikulierter Interessen auf der einen und/oder anderen Seite des Konflikts anerkannt wird. Das ist eine

normative Frage, die von einer Soziologie, die sich als Wissenschaft versteht, nicht beantwortet werden kann, wie schon Max Weber im ersten Werturteilsstreit für mich ein für alle Mal klargemacht hat (Münch 1968). Ob die Positionierungen der herrschenden Eliten oder die Positionierungen der aufbegehrenden populistischen Bewegungen berechtigt sind oder nicht, ist keine soziologisch beantwortbare Frage. Soziologisch relevant ist allein das Faktum, dass sie da sind und dass sie im Antagonismus gegeneinander stehen. Es kann allein darum gehen, das Faktum artikulierter antagonistischer Positionierungen zu erfassen und die Fragen zu klären, worin die Ursachen dieses Antagonismus liegen, in welchen Erscheinungsformen er sich zeigt, welche Folgen er für die Gesellschaft hat und auf welche Weise er in eine mehr oder weniger friedvolle Form der Konfliktbewältigung überführt werden kann.

HK: Soziologische Zeitdiagnosen, die Kumkar und Schimank als Abklärung bezeichnen, kommen zum Schluss, dass die Diagnose einer polarisierten Gesellschaft nicht zutreffend sei. So lassen sich beispielsweise die systemtheoretisch geprägten Beiträge von Nassehi (2021) oder Kaube und Kieserling (2022) lesen. Die Analysen dieser Autoren widersprechen der in Ihrem Buch vorgelegten Diagnose. Wie schätzen Sie diese Beiträge ein und was halten Sie ihnen möglicherweise entgegen?

RM: Grundsätzlich können distanzierte theoriegeleitete soziologische Analysen in einer Situation der öffentlichen Erregung einen Augen öffnenden Beitrag zur Beruhigung und zur Wiedererlangung des sozialen Friedens leisten. Dafür sind die Analysen von Nassehi sowie Kaube und Kieserling im Ansatz auf jeden Fall geeignet. Sie bedürfen aber einer robusten Verankerung in der sozialen Wirklichkeit der handelnden Subjekte, um wirklich überzeugen zu können. Wenn sich die soziologische Gesellschaftsanalyse zu sehr auf vorgefertigte theoretische Konstrukte verlässt, kann es passieren, dass aus der soziologischen Abklärung eine Verblendung und eine Verschleierung der wahren gesellschaftlichen Verhältnisse wird. Das kann im Verwendungszusammenhang zur Folge haben, dass zwar distanzierte, aber empirisch nicht haltbare Beschreibungen der Gesellschaft politisch zur Erhaltung des Status quo instrumentalisiert werden. Diese Frage stellt sich zum Beispiel bei dem von Nassehi verwendeten theoretischen Konstrukt, dass die Menschen durch die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse überfordert werden und deshalb Missstände sehen, wo es keine gibt, und so leicht Opfer populistischer

Vereinfachung werden. Daraus kann im Verwendungszusammenhang abgeleitet werden, dass all diejenigen eines Besseren belehrt werden müssen, die solche Missstände nur deshalb sehen, weil sie durch die gesellschaftliche Komplexität überfordert sind. Eine derartige Diagnose tendiert dazu, die konkreten, klar identifizierbaren und auch politisch bewältigbaren Probleme der handelnden Subjekte auf die abstrakte Ebene einer diffusen Verunsicherung zu heben, aus der statt der Lösung konkreter Probleme nur die Belehrung der verunsicherten Subjekte gefolgt werden kann. Das ist für die vielen Menschen wenig überzeugend, die ganz genau benennen können, was sie an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen stört. Hier stößt eine zu abstrakt gehaltene und zu wenig auf die konkreten Probleme der handelnden Subjekte eingehende soziologische Zeitdiagnose an ihre Grenzen.

Kaube und Kieserling nutzen das theoretische Konstrukt, dass die funktional differenzierte Gesellschaft dafür Sorge, Dissens stetig in den Teilsystemen der Politik, der Wirtschaft, der Medien, des Rechts, der Religion, der Kunst, der Wissenschaft und so weiter kleinzuarbeiten, weshalb man keine wirklich einheitlich durchgängige Spaltung der Gesellschaft befürchten müsse. Das ist theoretisch durchaus richtig, setzt aber voraus, dass die funktionale Differenzierung tatsächlich durch Institutionen und Praktiken ausreichend abgesichert ist (vgl. Schmidt 2005). Man darf das theoretische Postulat nicht mit der empirischen Realität in eins setzen. Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft ist nämlich kein ein für alle Mal feststehendes Faktum. Sie ist historisch in unterschiedlichen und mehr oder weniger ausgeprägten Formen entstanden, ist immer umkämpft und einem stetigen Wandel unterworfen, der immer auch erhebliche Entdifferenzierung mit sich bringen kann. Sie muss von den Trägern der jeweiligen Institutionen verteidigt werden, so zum Beispiel die Autonomie der Wissenschaft durch eine »Realpolitik der Vernunft«, wie Bourdieu und Wacquant betont haben (2006: 212 ff.). Je weiter die Realität von dem theoretischen Konstrukt abweicht, umso mehr verschleiert dessen empirisch beschreibende Verwendung die gegebene Realität. Und es gibt gerade in unserer Gegenwart genug Anzeichen für erhebliche Abweichungen der Realität vom theoretischen Konstrukt der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Diese Abweichungen der Realität haben zur Folge, dass unzureichende funktionale Differenzierung de facto die sozialen Konflikte nicht so kleinarbeitet, wie es theoretisch postuliert wird, ganz einfach, weil die Anfangsbedingungen für die

Anwendung der Theorie gar nicht gegeben sind. Es existiert mehr teilsystemübergreifende Polarisierung als bei einer voll ausgebildeten funktionalen Differenzierung zu erwarten wäre. Hier stößt das Postulat der funktionalen Differenzierung auf eine widerständige Realität, die ihm zu viel von der rein theoretisch möglichen Überzeugungskraft raubt.

Im Verwendungszusammenhang gerät die ohne empirische Bodenhaftung zu sehr in theoretischen Schablonen gefangene Gesellschaftsdiagnose leicht zur Affirmation beliebiger gesellschaftlicher Verhältnisse. Von der hohen Warte theoretischer Konstrukte wird die gegenwärtige Klage über die gespaltene beziehungsweise polarisierte Gesellschaft zu schnell und ohne genügende empirische Erdung als eine falsche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse entlarvt, die sich ganz anders darstellen, wenn man sich nur die richtige soziologische Brille aufsetze. Solche empirisch nicht gedeckten Diagnosen lassen sich im Verwendungszusammenhang allzu leicht für die Erhaltung des Status quo politisch instrumentalisieren. Es kann alles so bleiben, wie es ist, und es kommt nur darauf an, diejenigen ruhig zu stellen, die angeblich fälschlicherweise von einer polarisierten beziehungsweise gespaltenen Gesellschaft sprechen. Diese Gefahr sehe ich bei einer Soziologie, die zu kurzschlüssig an sich hilfreiche theoretische Konstrukte mit der empirischen Beschreibung der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse verwechselt. Was als Abklärung gedacht ist, wird so unwillentlich zur Verbündeten der herrschenden Eliten.

HK: Im Unterschied zu den systemtheoriegeleiteten Analysen von Nassehi sowie Kaube und Kieserling haben Mau, Lux und Westheuser (2023) eine empirisch fundierte Analyse vorgelegt, die ebenfalls zu dem Schluss kommt, dass die Diagnose einer gespaltenen beziehungsweise polarisierten Gesellschaft nicht zutrifft. Auch diese Art der Zeitdiagnose ordnen Kumkar und Schimank als Abklärung ein. Hier ist die von Ihnen eingeforderte empirische Verankerung gegeben. Müsste Sie das nicht doch zu einer Revision oder zumindest einer weiteren Differenzierung Ihrer Diagnose veranlassen?

RM: Mau, Lux und Westheuser leisten ohne Zweifel einen hilfreichen, empirisch fundierten Beitrag zur Aufklärung in der Debatte über die polarisierte Gesellschaft. Er muss nur richtig interpretiert werden. Da besteht nach meiner Einschätzung Korrekturbedarf. Die Autoren stellen mittels quantitativer Erhebung eine Normalverteilung der Einstellungen zu kon-

troversen Themen in der deutschen Bevölkerung fest. Diesseits bestimmter Triggerpunkte gibt es eine breite Übereinstimmung in kontroversen Themen zwischen den beiden von ihnen angesetzten Polen »konservativ« und »progressiv«. Das ist ein statistisches Konstrukt, das bei Mau, Lux und Westheuser einen ähnlichen Stellenwert hat, wie das jeweilige theoretische Konstrukt bei Nassehi beziehungsweise Kaube und Kieserling. Das statistische Konstrukt spricht jedoch nicht für sich selbst. Es bedarf der Interpretation, die einen Bezug zur sozialen Wirklichkeit der handelnden Subjekte und gesellschaftlichen Verhältnisse herstellen muss. In meinen Augen schließen Mau, Lux und Westheuser zu unvermittelt von einem interpretationsbedürftigen statistischen Konstrukt auf die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit. Das Konstrukt wird zu wenig in der konkreten Wirklichkeit der handelnden Subjekte, speziell in der konkreten Wirklichkeit der politischen Arena verankert. Dadurch wird reale Polarisierung verschleiert und damit im Verwendungszusammenhang der politischen Instrumentalisierung einer empirisch nicht ausreichend im realen politischen Geschehen verankerten Diagnose die Tür geöffnet. Mau, Lux und Westheuser (2024) wehren sich zwar heftig gegen eine solche Einschätzung, sie liefern dafür aber selbst eine Steilvorlage, indem sie Polarisierung maßgeblich als ein von »Polarisierungsunternehmern« erzeugtes Zerrbild der gesellschaftlichen Verhältnisse deuten. Dabei setzen sie unzulässigerweise ihr statistisches Konstrukt mit der gesellschaftlichen Realität in eins. Man kann sich mit dieser Diagnose die Bewältigung der tieferen materiellen Ursachen der Polarisierung ersparen und sich allein darauf konzentrieren, die Polarisierungsunternehmer zum Schweigen zu bringen, am besten mit »Faktencheckern« oder gleich mit der Errichtung eines »Wahrheitsministeriums«, das sauber zwischen »Information« und »Desinformation« unterscheidet. Mit den Methoden eines Überwachungsstaates wird man die Polarisierung der Gesellschaft aber nicht überwinden können, zumal derartige Instrumente per se zum Scheitern verurteilt sind. Sie verschärfen Polarisierung, statt sie zu überwinden.

Mit Mau, Lux und Westheuser stimme ich allerdings zunächst einmal darin überein, dass die große Mehrheit der Bevölkerung gemäßigte Positionen zwischen den Extremen vertritt, also eine Normalverteilung von Positionierungen zu wesentlichen Themen öffentlicher Debatten besteht. Wie ich selbst dargelegt habe, trifft beispielsweise die Polarisierung zwischen »Anywheres« in der Stadt und »Somewheres« auf dem Land (Goodhart 2017) auf weite Teile Deutschlands nicht zu, weil Stadt und

Land schon aufgrund der dichten Besiedelung gar nicht scharf voneinander getrennt sind, sondern ineinanderfließen. Ebenso habe ich festgestellt, dass in Deutschland die breite Streuung mittelständischer, auf dem Weltmarkt führender Unternehmen – viele davon Familienunternehmen – über das ganze Land hinweg für eine starke Verbindung von globaler Vernetzung und lokaler Verwurzelung sorgt. Nicht weniger als 1.500 derartige, breit über Stadt und Land verstreute »Hidden Champions« werden gezählt. Des Weiteren hat meine Auswertung von Leserschriften in führenden Tages- und Wochenzeitungen zu Artikeln über kontroverse Themen ergeben, dass die Leser zum Beispiel nicht grundsätzlich gegen Eurorettung, Migration, Klimaschutz, erneuerbare Energien, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Rechte von Minderheiten oder die Respektierung von Identitäten votieren, sondern sich wünschen, dabei die Grenzen der Ausgewogenheit bezüglich widerstreitender Ziele und Interessen und der ökonomischen Tragfähigkeit nicht zu überschreiten, Wohlstandseinbußen zu vermeiden sowie auf eine gerechte Lastenverteilung und die Erhaltung der grundrechtlich garantierten bürgerlichen Freiheiten zu achten. Das sind genau die von Mau, Lux und Westheuser identifizierten »Triggerpunkte«. Innerhalb dieser Grenzen besteht ein Konsens mit gewissen Nuancierungen der Einstellungen, außerhalb dieser Grenzen nimmt die Divergenz der Einstellungen deutlich zu und die Akzeptanz politischer Maßnahmen ab.

HK: Warum halten Sie aber anders als Mau, Lux und Westheuser an der Diagnose einer Polarisierung der Gesellschaft fest? Unterschätzen die genannten Autoren die Positionen an den Rändern, die die Mitte der Gesellschaft, also die gemäßigteren Positionen schrumpfen lassen?

RM: Aus der Tatsache der Normalverteilung von Einstellungen in der Bevölkerung zu wesentlichen Fragen der öffentlichen Debatte in Analogie zu einem Dromedar-Höcker statt dem Doppelhöcker eines Kamels – wie von Mau, Lux und Westheuser veranschaulicht – lässt sich nicht unmittelbar ableiten, dass es keine Polarisierung in der Gesellschaft gibt. Wie der Begriff schon sagt, ist die Normalverteilung von Einstellungen der Normalfall, kann also auch in einer höchst polarisierten Gesellschaft gegeben sein, erst recht deshalb, weil Extrempositionen im Meinungsspektrum in der Regel eine Sache von lautstarken Minderheiten an beiden Enden dieses Spektrums sind. Dieser Antagonismus überstrahlt

dann die mehrheitlich gemäßigten Positionen, sodass diese in der öffentlichen Debatte nicht die nötige Kraft der Vermittlung zwischen den Extremen haben. Dazu bedarf es keiner Verteilung von Einstellungen im Sinne eines Kamel-Doppelhöckers. Was aber die gegenwärtige Verteilung von Positionierungen im Meinungsspektrum kennzeichnet, ist die gewachsene Distanz zwischen den zwei einander entgegengesetzten Polen und die abgeflachte Normalverteilung mit einem niedrigeren Dromedar-Höcker. Es stehen sich an beiden Polen radikalere, weiter voneinander entfernte und unversöhnlichere Positionierungen gegenüber, und die Mitte ist geschrumpft, sodass ihr die Kraft der Vermittlung zwischen den Extremen fehlt. Die Bevölkerung ist außerdem nicht »die Gesellschaft«, vor allem nicht die politische Arena. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden aber maßgeblich durch die politische Arena bestimmt. Was in dieser Arena geschieht, strahlt auf die ganze Gesellschaft und ihre einzelnen Funktionsbereiche aus und besitzt deshalb größte Relevanz für die Verhältnisse, in denen wir leben. Und diese Arena ist in Zeiten des tiefgreifenden Wandels wie in der Gegenwart hochgradig polarisiert, weil viel mehr auf dem Spiel steht als in ruhigeren Zeiten.

HK: Worin äußert sich Ihrer Ansicht nach die Polarisierung in der politischen Arena, und was treibt sie an?

RM: Auch Mau, Lux und Westheuser konstatieren eine erhebliche Polarisierung der politischen Arena, wenn sie auf den Antagonismus zwischen den Grünen und der AfD verweisen, also genau zwei Minderheitspositionen im eben genannten Sinn. Im Anteil ihrer Wahlstimmen zwischen 12 und 20 Prozent zeigen sich dabei überdies zwei recht starke Pole im Meinungsspektrum, die das schöne Bild des Dromedar-Höckers als irreführend erscheinen lassen. In diesen Antagonismus werden auch die anderen Parteien hineingezogen, die dadurch erheblich in ihrem Handlungsspielraum eingeengt werden. Sie müssen sich für die eine oder die andere Seite entscheiden und können deshalb nur noch sehr begrenzt bis überhaupt nicht mehr zwischen den Extrempositionen vermitteln. Sie müssen Positionierungen vermeiden, die sie zu nahe an die andere Seite heranbringen und den Verdacht der Kollaboration mit dem Feind nähren. Infolgedessen werden auf beiden Seiten des Antagonismus vermittelnde Positionen geräumt und Extrempositionen gestärkt. Das führt zur Schwächung der Mitte und zur scharfgeschnittenen Polarisierung in der

politischen Auseinandersetzung. Daraus resultiert das vielfach beobachtete Phänomen, dass sich viele gemäßigt denkende Wähler nicht mehr gut in der Politik repräsentiert sehen. Die Parteien verlieren dadurch erheblich an Vertrauen. Die politische Arena ist polarisierter als die Bevölkerung selbst. Zwischen AfD und Grünen werden die anderen Parteien zerrieben. Die FDP ist massiv in ihrer Existenz bedroht, die SPD ist von einstmalig etwa 40 auf 16,4 Prozent geschrumpft, die CDU von einstmalig deutlich über 40 auf 28,5 Prozent. Die CDU ist in sich zunehmend gespalten und sieht einer höchst ungewissen Zukunft entgegen. Hinzu tritt noch das BSW mit einer Sonderrolle, die vor allem der SPD und der Linken Wahlstimmen wegnimmt, wodurch die Situation noch unübersichtlicher wird. Das heißt, dass die ehemalige politische Mitte zwischen den beiden politischen Polen zerrissen und deshalb nicht handlungsfähig ist. Der Dromedar-Höcker zeichnet demgemäß ein falsches Bild der Realitäten in der politischen Arena. Wir haben die paradoxe Situation, dass sich eine Bevölkerung, deren Meinungsspektrum der Normalverteilung eines Dromedar-Höckers entspricht, von einem Parteiensystem repräsentiert sieht, dessen Meinungsspektrum de facto der Doppelhöcker-Verteilung eines Kamels gleicht. Dass sich das Vertrauen der Bürger in die politischen Repräsentanten und in die Art und Weise, wie sie Demokratie praktizieren, in einer solchen Situation im Keller befindet, ist keine Überraschung.

HK: Wie wirkt denn diese Polarisierung in der politischen Arena auf die Zivilgesellschaft, speziell auf das Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Gruppen zurück?

RM: Der Antagonismus zwischen Grünen und AfD wird im politischen Kampf in deren spezifische Milieus hineingetragen, die dadurch selbst polarisiert werden. Wie schon erwähnt, ist das in den Augen von Mau, Lux und Westheuser das Werk von »Polarisierungsunternehmern«. Auch darin stimme ich mit ihnen überein. Das typische Milieu der Grünen ist das im Staatsdienst tätige oder dort hinstrebende, gut und sicher positionierte akademische Milieu. Das typische Milieu der AfD ist das privatwirtschaftlich tätige, mehr dem Wettbewerb ausgesetzte und weniger sicher positionierte Milieu von kleineren Gewerbetreibenden, Handwerkern, Landwirten und Arbeitern. Dementsprechend ist auch in den Ergebnissen der Erhebung von Einstellungen zu kontroversen Themen von Mau, Lux und Westheuser klar erkennbar, dass kulturelle Experten,

Management und technische Experten mehrheitlich stärker zu der Seite neigen, die sich als »progressiv« versteht, einen gesellschaftlichen Führungsanspruch erhebt und als herrschende Elite fungiert. Dagegen vertreten Kleinunternehmer, Dienstleistungsarbeiter und Produktionsarbeiter Positionen, die von den herrschenden Eliten als »konservativ«, das heißt an Normalitäten der Vergangenheit hängend, etikettiert werden. Insofern hat sich die Normalverteilung der Einstellungen mit den genannten Unterschieden, der öffentlichen Diskurshoheit der herrschenden Eliten folgend, insgesamt mehr hin zu der Seite verschoben, die sich selbst als »progressiv« betrachtet. Mau, Lux und Westheuser übernehmen das Begriffspaar »konservativ/progressiv« aus der herrschenden Meinung im öffentlichen Diskurs. Das hindert sie daran, das darin verborgene Herrschaftsverhältnis zwischen »progressiver« Elite und »konservativer« Masse und den darin liegenden Zündstoff ausreichend zur Sprache zu bringen, der schon daraus resultiert, dass ehemals als Mitte verstandene Positionen nach rechts verschoben werden. Die Polarisierung in der politischen Arena transformiert die eher moderaten Unterschiede in der breiten Mitte der Normalverteilung in antagonistische Positionierungen.

HK: Ist also die Polarisierung der Gesellschaft doch nur eine symbolische Konstruktion ohne materielle Basis?

RM: Polarisierungsunternehmer schlagen aus der Polarisierung von Milieus politisches Kapital. Die Polarisierung ist ihr Geschäftsmodell für politischen Erfolg und wirkt auf die Milieus selbst zurück, die sich dadurch unversöhnlicher gegenüberstehen und zur »Hassrede« über die andere Seite motiviert werden. Mit Karl Marx gesprochen transformiert die politische Polarisierung Klassen an sich in Klassen an und für sich. Die politische Polarisierung greift über in die Zivilgesellschaft, wo sie sich als Klassenkonflikt zeigt. Es stehen einander nicht mehr einfach akademisches und nicht-akademisches Milieu gegenüber, sondern zwei, jeweils unterschiedliche Milieus umfassende, antagonistische Klassen, aus der jeweiligen Sicht des Gegners »steueralimentierte Parasiten« auf der einen Seite und »minderbemitteltes Volk«, das für die Demokratie »zu dumm« ist, auf der anderen Seite. Aus der Sicht der »progressiven« Seite erscheinen ehemals konservative Einstellungen als »rechtsextrem«, während die konservative Seite »progressive« zu »regressiven« Einstellungen umdeu-

tet, die zu einem gesellschaftlichen Niedergang mit massiven Wohlstands-, Sicherheits- und Freiheitsverlusten führten. Davon sehen sich die beherrschten Klassen unmittelbar negativ betroffen, während sie den herrschenden Klassen vorhalten, dass sie davon in ihrer privilegierten Position nichts mitbekommen. Der symbolische Antagonismus wird so in einem materiellen Antagonismus verankert. Es geht letztlich um die Ausübung der politischen Herrschaft. Die »demokratischen« Parteien verteidigen »unsere« Demokratie gegen die »Demokratiefeinde« und »Wiedergänger« des »Faschismus«. Aus deren Sicht zeigt sich darin eine »Pervertierung« der Idee der Demokratie zu einer »semi-totalitären« Herrschaft der »Blockparteien« beziehungsweise »Kartellparteien« und des »politisch-medialen Komplexes« sowie eine illegitime Inbesitznahme der Demokratie im schlichten Eigeninteresse des Machterhalts. Die Gesellschaft gerät so in einen massiven Klassenkonflikt und in eine Radikalisierungsspirale auf beiden Seiten, in der im Sinne einer *self-fulfilling prophecy* aus wechselseitigen Zuschreibungen Realitäten werden.

Mit der Verschiebung der Normalverteilung hin zu Positionierungen, die sich als »progressiv« verstehen, hat sich der Triggerpunkt, jenseits dessen auf der konservativen Seite die Etikettierung von Positionen als »extremistisch« beginnt, deutlich hin zur Mitte verschoben. Das bedeutet, dass ehemals in der Mitte zwischen konservativ und progressiv stehende Positionen schon als rechts bis rechtsextrem eingestuft werden können. Das trifft auch im eben angesprochenen Sinn moderate Positionen, die dann als »europafeindlich«, »fremdenfeindlich«, »klimaleugnend«, »rassistisch« und »transphob« gebrandmarkt werden. Im Gegenzug sehen die so Etikettierten den Extremismus auf der Regierungsbank sitzen, das heißt am äußersten Rand des »progressiven« Pols. Je mehr dann die Parteien der Mitte die kontroversen Themen den Parteien überlassen, die am jeweiligen Pol des Meinungsspektrums Extrempositionen vertreten, umso mehr Zulauf können diese auch von Bürgern mit gemäßigten Einstellungen verbuchen. Die mit den kontroversen Themen verbundenen Probleme werden dauerhaft nicht gelöst. Dadurch wird Polarisierung weiter gesteigert.

Die These der Polarisierung der Gesellschaft durch Polarisierungsunternehmer ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Polarisierungsunternehmer können dauerhaft nur dann erfolgreich sein, wenn es für ihre Erzählungen einen fruchtbaren Boden in den materiellen Verhältnissen gibt und wenn sie über genügend Definitionsmacht verfügen. Anderenfalls

erzeugen sie nur heiße Luft, die schnell verdampft. Davon kann aber in der Gegenwart nicht die Rede sein. Um die Ursachen für die Polarisierung in der politischen Arena herauszufinden, bedarf es demnach mehr als des bloßen Verweises auf das Werk von Polarisierungsunternehmern. Wir müssen die gesellschaftlichen Veränderungen unter die Lupe nehmen, die zu einer größeren Divergenz von Interessen führen, Zielkonflikte verschärfen, Ungleichheiten wachsen lassen, Verteilungsspielräume verengen, Gräben vertiefen, neue Probleme erzeugen und Verständigung schwieriger machen. Es bedarf auch einer Analyse der Herrschaftsverhältnisse, die den öffentlichen Diskurs bestimmen und darüber entscheiden, welche Positionierungen zu bestimmten Themen als legitim und welche als nicht legitim gelten. Es müssen die materiellen Verhältnisse hinter den symbolischen Kämpfen aufgedeckt werden.

HK: Worin sehen Sie denn die Hauptkonfliktlinien in der polarisierten politischen Arena der Gegenwart?

RM: Worin ich mich von Mau, Lux und Westheuser unterscheide, ist die größere Aufmerksamkeit, die ich der Polarisierung in der politischen Arena widme. Im Antagonismus zwischen den Grünen und der AfD sind wie unter einem Brennglas gleich mehrere spezielle Antagonismen zu erkennen, die in zunehmender Schärfe hervortreten. Ich sehe zunächst sechs Antagonismen, die einer besonderen Analyse ihrer Eigenart und Dynamik bedürfen: (1) Kosmopolitismus versus Kommunitarismus, Globalismus versus Nationalismus, *Anywheres* versus *Somewheres*, Offenheit versus Geschlossenheit, Heterogenität versus Homogenität; (2) kulturelles versus ökonomisches Kapital, Idealismus versus Materialismus, gebildetes versus gewerbliches Bürgertum und Arbeiterklasse; (3) Links versus Rechts, postmoderne versus altmoderne Linke, postbürgerliche versus altbürgerliche Rechte; (4) Ökologie versus Ökonomie: das Ende der nationalen Wohlfahrtskoalition; (5) Etablierte versus Außenseiter: die Verteilungskonflikte der Identitätspolitik; (6) herrschende versus beherrschte Klassen und Gruppen: von der industriellen Mittelstandsgesellschaft zur postindustriellen Klassengesellschaft und postmodernen Stammesgesellschaft. Diese Antagonismen sind zu vielfältig, um ihnen mit dem Schema »konservativ versus progressiv« von Mau, Lux und Westheuser vollauf gerecht werden zu können. Ich erkenne in den genannten Antagonismen vor allem neue Verteilungskonflikte. Auch diese Diagnose teile ich mit Mau, Lux und Westheuser. Ich unterscheide mich von ihnen in diesem Punkt

aber dadurch, dass es mir darauf ankommt, diese Verteilungskonflikte und die Herrschaftsverhältnisse, unter denen sie ausgetragen werden, auch so scharf wie möglich herauszuarbeiten.

Die sechs Antagonismen erfahren in einem weiteren Antagonismus eine Bündelung und Verschärfung: in dem politisch sichtbarsten siebten Antagonismus zwischen den herrschenden Eliten und dem aufbegehrenden Populismus. Dieser Antagonismus wird umso mehr gesteigert, je weniger die Politik auf die eben genannten Bedingungen Rücksicht nimmt, unter denen die Bürger bereit sind, politische Maßnahmen zu kontroversen Themen mitzutragen. Je weniger das der Fall ist, umso mehr werden auch gemäßigte Wähler in die Arme populistischer Parteien getrieben. Das hat zur Folge, dass sich die genannten Antagonismen nicht überkreuzen und somit nicht ausgleichen und dass der Spielraum für Kompromisse erheblich eingeengt wird. Stattdessen prallen die Antagonismen gebündelt und unversöhnlich aufeinander. Auf der Seite der herrschenden Eliten verbünden sich Kosmopolitismus, umfangreicher kultureller und ökonomischer Kapitalbesitz, postmoderne Linke und postbürgerliche Rechte, die ausgeprägte Sorge um die Ökologie und das Eintreten für Minderheitenrechte. Auf der Seite des aufbegehrenden Populismus verbünden sich Kommunitarismus, geringerer kultureller und ökonomischer Kapitalbesitz, altmoderne Linke und altbürgerliche Rechte, die Sorge um die Erhaltung des erwirtschafteten Wohlstands und der Sicherheit im öffentlichen und privaten Leben sowie die Ablehnung von in seinen Augen zu weit gehenden Minderheitenrechten. Die ersten sechs Antagonismen sind im Antagonismus zwischen den herrschenden Eliten und dem aufbegehrenden Populismus gebündelt und nicht mehr zu überbrücken, weil die an sich zur Vermittlung prädestinierte politische Mitte zwischen den antagonistischen Polen zerrieben wird und dadurch zu schwach ist.

HK: Welche gesellschaftlichen Veränderungen haben denn maßgeblich dazu beigetragen, dass die genannten Antagonismen schärfer als zuvor hervortreten?

RM: Jede Gesellschaft ist durch mehr oder weniger tiefgreifende Spaltungslinien zwischen Klassen, Schichten und Gruppen geprägt. Das Konzept der Spaltungslinien ist von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan 1967 zur Erklärung der Herausbildung von Parteiensystemen in die Politische Soziologie eingeführt worden. Lipset und Rokkan haben die

Hauptspaltungslinien zwischen Arbeit und Kapital, Staat und Kirche, Stadt und Land sowie Zentrum und Peripherie gesehen. Die Überkreuzung der Spaltungslinien und ihre Übersetzung in das Parteiensystem haben dafür gesorgt, dass Konflikte zwischen den Klassen und Gruppen institutionalisiert und zivilisiert in demokratischen Entscheidungsverfahren ausgetragen wurden. Die Entwicklung der CDU und der SPD, letztere nach dem Godesberger Programm von 1959, zu großen Volksparteien hat im Nachkriegsdeutschland die Spaltungslinien überbrückt und zusammen mit dem wachsenden Wohlstand des »Wirtschaftswunders« der sozialen Marktwirtschaft und der breiten Teilhabe an diesem Wohlstand zum Entstehen einer in den Worten von Helmut Schelsky (1965) »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« beigetragen. Ein großer Industrie-sektor, eine enge Kooperation zwischen großen Arbeitgeberbänden und Einheitsgewerkschaften sowie geduldiges Kapital in der engen Verbindung von Industrieunternehmen und Banken in der sogenannten Deutschland AG bescherten große Beschäftigungssicherheit und hohe Lohn Einkommen in der Breite. Die christlichen Großkirchen, eine Vielzahl von Vereinigungen und Vereinen der Zivilgesellschaft und schließlich unangetastet glaubwürdige öffentlich-rechtliche und private Leitmedien haben ebenso zur sozialen Integration und erleichterten Konsensbildung beigetragen.

In dieser Gesellschaft waren die mit den genannten Spaltungslinien einhergehenden Konflikte so weit überwunden, dass sie in institutionalisierten Verfahren friedlich abgearbeitet werden konnten, in Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, in der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition und innerhalb von Parteien und Regierungskoalitionen in der ständigen Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen Werthaltungen und Interessen. In dieser Hinsicht war die Nachkriegsgesellschaft selbstverständlich durch maßgebliche Spaltungslinien und ständige Konfliktaustragung geprägt, aber eben auch durch die Überbrückung der Spaltungslinien und die friedliche Kompromissbildung durch Volksparteien und die stetig wachsende Teilhabe am Wohlstand durch wirtschaftliches Wachstum. Zugleich ist der nationale Wohlfahrtsstaat so weit gewachsen, dass auch für die aus Alters- und Krankheitsgründen sowie wegen Arbeitslosigkeit nicht erwerbsfähige Bevölkerung eine Teilhabe am erarbeiteten Wohlstand gesichert war.

HK: Und was hat sich an den Eigenarten dieser bundesdeutschen Sozialstruktur inzwischen verändert?

RM: Die beschriebene Konstellation hat sich seit den 1990er Jahren geändert. Die internationale Arbeitsteilung hat den Schwellenländern, insbesondere in Ostasien, eine zunehmende Teilhabe am Weltwohlstand ermöglicht. In China wurde dadurch in den letzten zwanzig Jahren die Armutsquote von 50 Prozent der Bevölkerung auf null gesenkt. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der internationalen Arbeitsteilung. Diese Arbeitsteilung hat die Trennung zwischen Binnen- und Außenmoral aufgehoben, die nämlich die weniger schöne Seite der nivellierten Mittelstandsgesellschaft und des nationalen Wohlfahrtsstaates im wohlhabenden Westen war, nämlich Wohlstand für alle in den reichen Industrieländern und Armut für die breite Masse der Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Es wird damit klar, dass der umfassend versorgende Wohlfahrtsstaat ein exklusiv nationales Projekt war, das nun seinem Ende entgegengeht. Dieses Projekt war an Bedingungen geknüpft, die sich weder faktisch noch normativ weiterhin aufrechterhalten lassen. In den reichen Gesellschaften des Westens äußert sich diese neue Konstellation in erhöhtem Wettbewerbs- und Innovationsdruck, abnehmendem Wirtschaftswachstum, einer schrumpfenden Mittelschicht, enger gewordenen Verteilungsspielräumen, wachsender sozialer Ungleichheit, Überalterung und drohender Altersarmut sowie in der Ausbreitung neuer Armutsmilieus. Das heißt, der Abstand zwischen oben und unten ist größer geworden und die Mitte zwischen oben und unten ist geschrumpft, sodass es weniger Möglichkeiten der Überbrückung von Extrempositionen gibt. Zusätzlich wird die Konsensbildung im zivilisierten Diskurs durch allseits glaubwürdige öffentlich-rechtliche und private Leitmedien von einem unerbittlichen Kampf um »News« und »Fake News«, »Information« und »Desinformation« abgelöst. Es hat sich eine neue, gespaltene Medienlandschaft gebildet, in der die »Altmedien« einen erheblichen Vertrauensverlust hinnehmen müssen und von neuen »Alternativmedien« herausgefordert werden. Umso unerbittlicher wird nun von beiden Seiten ein Kampf gegen »Desinformation« geführt. Es prallen Extrempositionen ohne vermittelnde Kräfte aufeinander, sodass kein Vertrauen in die Selbstreinigungskräfte des offenen Diskurses besteht.

HK: Letztlich sind es also die ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft, die sich weltweit verändert haben und die wohlhabenden Nationalstaaten, eben auch Deutschland, in besonderer Weise treffen.

RM: Ja, zu dieser Diagnose muss man gelangen, wenn man den materiellen Verhältnisse die ihnen gebührende Beachtung schenkt. Dazu kommt noch, dass der weltweit gewachsene Wohlstand sehr ungleich verteilt ist. Auf der einen Seite stehen die Länder, die durch ihre Integration in den Welthandel von der internationalen Arbeitsteilung profitieren, auf der anderen Seite die Länder, die in diese Arbeitsteilung gar nicht integriert sind und deshalb abgehängt bleiben. Dementsprechend ist der Konflikt zwischen dem reichen Norden und dem armen »globalen Süden« zu einem neuen beherrschenden Thema mit einer neuen Welle der »Dekolonisierung« geworden. Durch Migration aus dem globalen Süden in den Norden ist dieser Konflikt in die Gesellschaften des Nordens eingewandert und befeuert dort die wachsenden Identitätskonflikte zwischen etablierten Mehrheiten und ausgegrenzten Minderheiten. Aufgrund der enger gewordenen Verteilungsspielräume werden die »Triggerpunkte« schneller erreicht, jenseits derer Wohlstandseinbußen, ungerechte Lastenverteilung und Freiheitsverluste befürchtet werden, sodass populistische Gegenbewegungen bei kontroversen Themen wie der Eurorettung, der Migrationspolitik, der Klimapolitik oder der Identitätspolitik mehr Zulauf bekommen. Diese verschärften Konflikte werden unter Herrschaftsverhältnissen ausgetragen, die durch eine Verlagerung politischer Entscheidungen von der lokalen, regionalen und nationalen Ebene auf supranationale, demokratisch nur schwach legitimierte Instanzen und durch eine große Distanz der politisch-administrativen Elite zur breiten Masse der Bevölkerung und ihrem alltäglichen Kampf um den Lebensunterhalt gekennzeichnet sind, sinnbildlich repräsentiert in der sogenannten Brüsseler »Eurokratie«. Das impliziert eine starke Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten, die den Nährboden für den populistischen Aufstand gegen die »abgehobenen« Eliten bildet. Hier sehen wir den Kern der politischen Polarisierung der Gegenwart, die Polarisierung zwischen den herrschenden Eliten und der Gegenbewegung des Populismus.

HK: Worin kommt denn die verstärkte Polarisierung der politischen Arena in der Gegenwart im Vergleich zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft zum Ausdruck?

RM: Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft wird von einer neuen, in Klassen und Identitätsgruppen gespaltenen Gesellschaft abgelöst. Es treten die genannten Antagonismen verschärft und gebündelt im Antagonismus zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen und Identitätsgruppen hervor. Korrespondierend zu diesen verschärften Antagonismen erodiert das Parteien- und Verbändesystem. Die Volksparteien, die großen Verbände, Gewerkschaften und Kirchen schrumpfen und verlieren damit erheblich an Integrationskraft. Sie werden nun Akteure in einer neu gespaltenen Gesellschaft, die Spaltungslinien nicht mehr überbrücken, sondern vertiefen. Es treten neue Parteien, Verbände, Gewerkschaften, religiöse Gemeinschaften und NGOs auf, die ihre Aufgabe darin sehen, ihre spezifischen Interessen und Wertvorstellungen zu artikulieren und durchzusetzen. Umso härter werden die politischen Kämpfe und umso mehr reichen diese Kämpfe in die Zivilgesellschaft hinein. Letztere ist nicht mehr der Ort der gemeinsamen klassen- und gruppenübergreifenden Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern der Ort der Mobilisierung für eine spezifische politische Agenda und gegen eine konkurrierende politische Agenda. Anders als die Feuerwehr, der Sportverein, der Musikverein oder der Kleintierzüchterverein verfolgen NGOs eine politische Agenda. Dementsprechend findet eine Ausdehnung politischer Kämpfe hinein in einen Sektor der Gesellschaft statt, der in der nivellierten Mittelstandsgesellschaft einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Integration geleistet hatte. Das ist mit der zunehmenden Politisierung der Zivilgesellschaft nicht mehr möglich. Das gutgemeinte Regierungsprogramm »Demokratie leben« kann unter diesen Bedingungen nur Öl ins Feuer gießen. Die Gesellschaft verliert das Fundament der sozialen Integration unter Erhaltung größtmöglicher Heterogenität, genau das, was die moderne pluralistische Zivilgesellschaft ausgezeichnet hat: eine Vielzahl von sich überschneidenden sozialen Kreisen, sodass im Sinne der von Georg Simmel 1908 publizierten »Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung« soziale Integration und größtmögliche Individualität zusammen bestehen konnten (Simmel 1992).

Angesichts dieser neuen und vertieften Spaltungslinien, des schrumpfenden Verteilungsspielraums, des Verschwindens der Volksparteien, des korrespondierenden Aufstiegs von neuen Parteien, der Erosion der Verbände, Gewerkschaften und Kirchen, der Einlagerung des Nord-Süd-Konflikts in die nationalen Gesellschaften und der Politisierung der

Zivilgesellschaft, die NGOs, Kirchen, Vereinigungen und Vereine durchdringt, verschärfen sich Konflikte. Die Konfliktaustragung radikalisiert sich. Es ergibt sich ein Muster des Kampfes zwischen Etablierten und Außenseitern (Elias, Scotson 1990). Die Etablierten sehen ihre Macht schwinden und verteidigen sie mit allen verfügbaren Mitteln um jeden Preis, die Außenseiter finden sich ausgegrenzt und radikalieren sich infolgedessen zunehmend. Das ist der Nährboden, aus dem – wie überall beobachtbar – populistische Parteien emporwachsen und zu neuen Konkurrenten im Kampf um die Macht werden. Die herrschenden Eliten sehen sich verstärkt durch einen Aufstand populistischer Gegenbewegungen herausgefordert, die herrschenden Parteien durch populistische Parteien, die herrschenden Medien durch eine stark wachsende Szene von Alternativmedien. Radikale Positionen gewinnen die Oberhand und verdrängen vermittelnde Positionen. Die Regierungsseite erkennt in der Opposition eine Gefahr für die Demokratie, die Opposition bezichtigt die Regierungsseite des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaat zwecks Machterhalt. Da ist die Grenze der friedlichen Konfliktaustragung längst überschritten und der Tatbestand einer unversöhnlichen Polarisierung gegeben. In dieser Situation einer verschärften Konfliktaustragung findet eine Re-Ideologisierung der Politik statt. Extrem gouvernementalistische, nationalistische und libertäre Positionen, zwischen denen kein Kompromiss möglich ist, stoßen aufeinander und verstärken erst recht die Polarisierung. Für die erste, die gouvernementalistische Position, erfordern die neuen Herausforderungen insbesondere des Klimawandels oder drohender Pandemien supranational, am besten global handlungsfähige Instanzen, zum Beispiel eine Ermächtigung des Weltklimarats zu verbindlichen Empfehlungen für nationale Regierungen beziehungsweise eine Ermächtigung der Weltgesundheitsorganisation zu derartigen verbindlichen Empfehlungen. In beiden Fällen von Ermächtigung heißt es, dass man wegen zu großem Zeitdruck auf langsame und unzuverlässige demokratische Prozesse keine Rücksicht nehmen darf. Für die Vertreter der zweiten Position ist und bleibt der Nationalstaat der Garant von Freiheit, Demokratie, Sicherheit und innerhalb seiner Grenzen allseits geteilter Wohlfahrt, in Deutschland das Programm von Sahra Wagenknecht. Für die Libertären ist der Staat ein gefräßiger Parasit, der zugunsten der Entfesselung der Marktkräfte unter Schließung der meisten Ministerien auf das Allernotwendigste der Garantie von äußerer und innerer Sicherheit zurückgebaut werden muss, aktuell von Javier Milei

in Argentinien in die Tat umgesetzt. In der nivellierten Mittelstandsgesellschaft gab es genügend Bindungskräfte, um diese Extrempositionen in die Bedeutungslosigkeit zu verbannen. In der neuen Klassen- und Stammesgesellschaft beherrschen sie die öffentliche Debatte. Darin ist ohne Zweifel eine neue Qualität der Polarisierung zu erkennen.

HK: Sie sprechen von postindustriellen und postmodernen Kämpfen um Identität und Teilhabe. Was ist damit gemeint?

RM: Man kann die aus den angesprochenen Antagonismen resultierenden Kämpfe in dem Sinne als postindustriell bezeichnen, dass sie in einer Situation auftreten, in der die westliche Moderne ihren Zenit einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« mit einem großen Industriesektor im nationalen »Container« des Wohlfahrtsstaates überschritten hat. An deren Stelle ist eine postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft mit stärker fragmentierten Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften mit stark geschrumpfter Mitgliedschaft getreten, ein politischer Sektor mit einem stärker fragmentierten Parteiensystem und eine Zivilgesellschaft mit stärker fragmentierten Gruppierungen. Das impliziert größere Ungleichheit in der Teilhabe am Wohlstand und verschärfte Verteilungskämpfe.

Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft der westlichen Moderne hat einen großen Spielraum für Individualität in dem von Georg Simmel schon Anfang des 20. Jahrhunderts definierten Sinn geboten. Die einzigartige Identität des menschlichen Individuums hat sich jenseits aller angeborenen Klassen-, Schichten- und Gruppenzugehörigkeiten im Schnittpunkt einer Vielzahl sozialer Kreise gebildet. Der Kampf um Anerkennung zielte auf die Loslösung von Gruppenbindungen zwecks Entfaltung der einzigartigen Individualität des Menschen. In der stärker fragmentierten Gesellschaft der Gegenwart werden die Spielräume für Individualität durch die Reduktion des Menschen auf angeborene oder neuerdings gewählte, aber nicht weniger einschränkende Gruppenzugehörigkeiten eingeengt, sodass sich neben einer neuen Klassengesellschaft auch Konturen einer postmodernen Stammesgesellschaft zeigen. In dieser Gesellschaft wird die Identität des Menschen durch angeborene oder gewählte Gruppenzugehörigkeiten dominiert. Der Kampf um Anerkennung wird jetzt um die Geltung von Gruppenidentitäten ausgetragen, unter die das menschliche Individuum subsummiert wird. Dies ist das Thema der so genannten Identitätspolitik. Damit fallen wir hinter wesentliche Errungenschaften der europäischen Aufklärung zurück (vgl. Münch 1986).

HK: Welche Folgen hat nach Ihrer Einschätzung die zunehmende Polarisierung für die politische Konfliktaustragung und für die Gesellschaft insgesamt?

RM: Es verschärfen sich die Auseinandersetzungen in der politischen Arena. An die Stelle der friedlichen Kompromissbildung zwischen politischen Gegnern tritt der unerbittliche Kampf gegen den politischen Feind. Alles Handeln geschieht nach dem Freund/Feind-Schema, wie Carl Schmitt das Politische charakterisiert hat. Entweder bist du mein Freund oder du bist mein Feind. Dazwischen gibt es keinen Platz für Differenzierungen und Nuancierungen. Aus gegensätzlichen Wertvorstellungen und Interessen werden unversöhnliche Antagonismen. Die Politik hat ihre Mitte verloren und polarisiert sich in einander unerbittlich bekämpfende Lager. Die Folge ist sinkende politische Problemlösungsfähigkeit. Politische Entscheidungen befeuern Konflikte, statt sie zu bewältigen. Dabei kommt noch eine affektive Aufladung derart hinzu, dass der Feind zum Hassobjekt wird, was nach Schmitt der politischen Rationalität entgegensteht, die immer einkalkulieren muss, dass der Feind auch einmal Freund, zum Beispiel als Koalitionspartner, sein könnte und dass der Freund auch zum Feind werden könnte, zum Beispiel wenn er eine Koalition aufkündigt.

HK: Wie zeigt sich das denn sonst noch in der Gesellschaft?

RM: Die Polarisierung der Politik strahlt weit über die politische Arena hinaus in alle Funktionsbereiche der Gesellschaft hinein. Entgegen dem oben diskutierten theoretischen Postulat ist eine funktionale Entdifferenzierung der Gesellschaft zu beobachten. Alle Funktionsbereiche werden von einem Maß der Politisierung erfasst, das deren je eigenen Funktionsbedingungen untergräbt. Die Zivilgesellschaft, die Medien, das Recht, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Bildung, die Religion, die Kunst, der Sport, alle werden einer massiven Politisierung unterworfen. Sie verlieren damit die Autonomie, die sie benötigen, um ihre genuinen Leistungen überhaupt erbringen und tatsächlich Konflikte kleinarbeiten zu können. Der Gesellschaft fehlt es dadurch insgesamt an der Fähigkeit, hohe Komplexität verarbeiten zu können, weil über allem der politische Code von Macht haben versus Macht nicht haben steht. Statt Komplexität unter Erhaltung von Komplexität zu verarbeiten, wird Komplexität vernichtet. Das ist nicht weniger als eine Regression in der Entwicklung der Gesellschaft. Niklas Luhmann (unter anderem: 1986) würde sich angesichts dieser Wirklichkeit der Postmoderne im Grabe umdrehen. In

meinem Buch »Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen« habe ich das am Beispiel der Corona-Politik dargelegt (Münch 2022).

HK: Ich finde, dass das eine sehr dramatische Diagnose ist, weil sich damit unsere Gesellschaft ja grundsätzlich wandelt und in gewisser Weise ihre Modernität einbüßt. Wie könnten wir denn aus der von Ihnen beschriebenen Polarisierung der Bevölkerungsgruppen wieder herauskommen?

RM: Erforderlich ist eine Rückbesinnung auf das, was ich eingangs festgestellt habe. Das einmalige Fundament der Vermittlung zwischen globaler Vernetzung und lokaler Verwurzelung durch die vielen, breit über Stadt und Land verstreuten mittelständischen Unternehmen müsste gepflegt werden wie ein Goldschatz. Das verlangt eine unternehmensfreundliche Mittelstandspolitik. Dazu zählen insbesondere Bürokratieabbau, Gewinnung von Fachkräften, konkurrenzfähige Energiepreise und die Kooperation von Unternehmen und Startups. In der Bevölkerung herrscht viel weniger Polarisierung von Positionen vor als in der politischen Arena. Bei kontroversen Themen wie Eurorettungspolitik, Migrationspolitik, Klimapolitik und Identitätspolitik teilt die ganz große Mehrheit moderate Positionen, die all diese Politiken unterstützen, sofern die Grenzen der Ausgewogenheit bezüglich widerstreitender Ziele und Interessen, ökonomischer Tragfähigkeit, gerechter Lastenverteilung und Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten eingehalten werden. Je weniger das der Fall ist, umso mehr Zulauf bekommen populistische Parteien auch von moderat eingestellten Wählern und umso mehr wird die Polarisierung der Gesellschaft gesteigert. Statt einer offenen Konfliktaustragung zwischen gegensätzlichen Positionen, aus der allein allseits akzeptierte und als legitim anerkannte politische Entscheidungen hervorgehen können, dominiert dann weiterhin die Verdrängung von Problemen zwecks Distanzierung vom politischen Feind, sodass die einander entgegengesetzten Positionen weiterhin unversöhnlich aufeinanderprallen. Die populistische Gegenbewegung gegen die herrschenden Eliten wird man durch Einschüchterung und Ausgrenzung nicht zum Schweigen bringen können. Man wird die Polarisierung nur überwinden und politische Handlungsfähigkeit wiederherstellen können, indem man die populistische Gegenbewegung in die offene Konfliktaustragung einbindet und dadurch dazu zwingt, radikale Positionen aufzugeben, Kompromisse einzugehen und mitzutragen.

HK: Heißt das, dass Sie beispielsweise auch dafür plädieren würden, die AfD nicht durch »Brandmauern« aus der politischen Verantwortung auszugrenzen, sondern sie bei entsprechenden Wahlergebnissen mit in die Verantwortung zu nehmen?

RM: Für mich ist die Soziologie eine Reflexionswissenschaft, die sich mit keiner politischen Seite gemein macht. Letzteres verlangt immer ein Stück weit »Opfer des Intellekts«, wie Max Weber (1973: 611) gesagt hat. Ich gebe grundsätzlich keine Empfehlungen, da ich meine Rolle ausschließlich in der politisch unabhängigen, distanzierten soziologischen Analyse sehe. Das gilt auch für die Frage, ob die Brandmauer stehen bleiben oder abgebaut werden soll. Soziologisch kann ich nur mit einer gewissen – immer auch mit Unwägbarkeiten behafteten – Plausibilität prognostizieren, welche Folgen aufgrund welchen Umgangs mit der AfD zu erwarten sind. Bei der Frage der Brandmauer ist das soziologische Thema nicht, ob die AfD in normativer Hinsicht berechnete Interessen vertritt oder nicht und ob sie das in angemessener Form tut oder nicht. Auch die normative Demokratietheorie, die diskutieren könnte, ob die Brandmauer normativ gerechtfertigt ist oder nicht, gehört nicht zum Instrumentarium einer Soziologie, die sich als Wissenschaft begreift. Soziologisch interessiert die AfD allein als ein Faktum, und es stellt sich die Frage, welche Folgen welcher Umgang mit diesem Faktum für Politik und Gesellschaft hat.

Die Brandmauer ist mit Gewissheit eine kurzfristig effektive Strategie, um die AfD von der Macht fernzuhalten. Ob das auch langfristig und ohne Kollateralschäden gelingt, ist weit weniger gewiss. Die Brandmauer erzeugt eine Polarisierung zwischen den Parteien diesseits der Brandmauer und der AfD jenseits der Brandmauer. Die Parteien diesseits der Brandmauer präsentieren sich dadurch unvermeidlich als ein einheitlicher herrschender Block und zwingen sich zu einer Zusammenarbeit, bei der vor allem Parteien, die sich traditionell als politische Mitte verstehen, ihr eigenständiges Profil verlieren. Sie sehen sich außerdem mit der Etikettierung als »Kartellparteien« konfrontiert, was ihre Glaubwürdigkeit untergräbt. Die AfD kann die Opferrolle spielen und damit ohne eigene Leistung Extragewinne bei allen Unzufriedenen einstreichen. Jegliche Unzufriedenheit mit den regierenden Parteien unterstützt dann zwangsläufig die AfD, die dadurch stärker wird, sich bestätigt sieht, für relevante Teile der Bevölkerung zu sprechen, und sich aufgrund der Ausgrenzung radikalisiert. Sie hat ein Monopol in der Oppositionsrolle

inne, sodass Opposition nur noch in radikalisierter Form auftritt, was die Polarisierung zusätzlich anheizt. Da alle Unzufriedenheiten der Wähler von der AfD aufgesogen werden, sind den Parteien diesseits der Brandmauer die Hände gebunden, sich diesen Unzufriedenheiten zu widmen. Die Parteien diesseits der Brandmauer können die von den unzufriedenen Wählern artikulierten Probleme nicht angehen, weil sie sich damit unzulässigerweise mit der Partei jenseits der Brandmauer gemein machen würden. Das ist das Dilemma insbesondere der CDU, die dadurch massive Glaubwürdigkeitsverluste hinnehmen muss. Infolgedessen häufen sich Unzufriedenheiten der Wähler weiter an, die weiterhin der AfD Auftrieb geben. Die Polarisierung wird weiter gesteigert und impliziert, dass gravierende politische Probleme nicht gelöst werden können. Die Parteien diesseits der Brandmauer zerreißen sich zwischen der Erhaltung des Status quo und der Öffnung für Veränderungen. Das führt zu einer Erosion des Parteiensystems, etablierte Parteien schrumpfen, neue Parteien entstehen. Insgesamt ergibt sich eine wachsende Fragmentierung des Parteiensystems, die Parteien zerfleischen sich gegenseitig, sodass die Brandmauer am Ende mangels Zusammenhalts fällt. Dann ist eine neue Situation eingetreten, in der die Karten neu gemischt werden. Das Parteiensystem bewegt sich aktuell auf diese Situation zu. So sieht meine Prognose aus, für die ich – wie gesagt – aber nur eine gewisse, mit Unwägbarkeiten behaftete Plausibilität beanspruchen kann.

Was die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Prozesse betrifft, kann man prognostizieren, dass mit der Beseitigung der Brandmauer zwangsläufig eine Entzauberung des Populismus unter dem Druck der gesellschaftlichen Wirklichkeit stattfindet. Umgekehrt wird die herrschende politisch-administrative Elite dadurch gezwungen, die Lebenswirklichkeit der breiten Masse der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen, was durch die Brandmauer verhindert wird. Das ist eine erste soziologische Gesetzmäßigkeit, nämlich die Konfliktabsorption mittels Legitimation durch Verfahren, wie sie von Niklas Luhmann (1983) paradigmatisch herausgearbeitet wurde. Ausgrenzung befördert Radikalisierung, Einbindung erzwingt Mäßigung. Das ist eine zweite soziologische Gesetzmäßigkeit, die schon Georg Simmel 1908 in seiner klassischen Schrift über den Streit formuliert hat. Herabsteigen vom Thron der Überheblichkeit sorgt für Bodenhaftung und Begegnung auf gleicher Augenhöhe. Es entsteht dann gesellschaftliche Integration durch offene Konfliktaus-

tragung, eine ebenso von Georg Simmel (1992) formulierte dritte soziologische Gesetzmäßigkeit. Das bedeutet, dass Oligopole der Machtausübung in der Politik genauso unterbunden werden müssten wie auf dem ökonomischen Markt. Nur im offenen Wettbewerb gibt es ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage und die bestmögliche Befriedigung der artikulierten Bedürfnisse. Wenn das nicht möglich ist, suchen sich die Bedürfnisse andere Wege der Befriedigung, vor allem den Weg der Radikalisierung und des populistischen Aufstandes gegen die herrschenden Eliten. Das ist eine vierte soziologische Gesetzmäßigkeit, die aus der ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs (1957) abgeleitet werden kann. Von Karl Popper (1957) kennen wir eine fünfte soziologische Gesetzmäßigkeit: Demokratie bedeutet, aus Fehlern zu lernen. Offene demokratische Verfahren lösen Konflikte so weit, dass Fehler im Zusammenspiel zwischen Regierung und Opposition jederzeit korrigiert werden können. Jede Regierung macht Fehler. Das ist ein unumstößliches Faktum. Opposition ist dafür da, dass Fehler entdeckt und zur Sprache gebracht werden. Jede Einschränkung der Oppositionsarbeit hat zwangsläufig mangelndes Lernen aus Fehlern zur Folge.

Eine Überwindung der politischen Polarisierung kann durch die Ausgrenzung politischer Gegenbewegungen nicht gelingen, es geht allein durch die institutionalisierte, offene Konfliktaustragung. In einer modernen Gesellschaft kann es soziale Integration nur durch offene, institutionalisierte Konfliktaustragung geben. In einer dezidiert auf normative Begründungen verzichtenden soziologischen Perspektive zeigt sich die Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren in einem Höchstmaß der Überführung von Interessengegensätzen in die friedliche Konfliktaustragung und -bewältigung und in einem Höchstmaß des Lernens aus Irrtümern. Um das zu erreichen, bedarf es der größtmöglichen Offenheit für die Artikulation von Interessen und des fairen Umgangs mit dem politischen Gegner. Jede Ausgrenzung von artikulierten Interessen untergräbt die Fähigkeit der demokratischen Institutionen und Verfahren zur friedlichen Konfliktbewältigung und damit den Glauben in ihre Legitimität. Sie verfestigt die beschriebene Zerrissenheit der Politik zwischen zwei Extrempositionen zu einem Dauerzustand, sie zerreißt die politische Mitte und macht sie dadurch handlungsunfähig. Das Ergebnis ist ein Zustand der totalen politischen Paralyse. Das ist ein politisches System, das nicht mehr über die nötige Kapazität zur Lösung der sich immer mehr aufhäufenden politischen Probleme verfügt, ein seit 1945 in

diesem Ausmaß noch nie dagewesenes Politikversagen. Umso mehr ist die Soziologie aufgerufen, sich dieser Thematik in aller gebotenen Ernsthaftigkeit zuzuwenden, als Verbündete, Schlichterin oder Abklärerin, wie auch immer die Motivlage sein mag. Am Ende muss ohnehin der kritische Diskurs im Begründungszusammenhang entscheiden, auf welchen Erkenntnissen wir weiterhin aufbauen können.

HK: Das finde ich sehr spannend, wie Sie aus der Soziologie politische Empfehlungen ableiten. Damit bekommt diese Disziplin eine tatsächlich gesellschaftsverändernde Note.

RM: Ja, genau, die Politik sollte von der Soziologie lernen, um sich nicht dauerhaft in unlösbare Konflikte und Probleme zu verstricken und im Politikversagen zu enden. Das geht nicht auf der Vorderbühne der Talkshowrituale und der reflexhaften Kommunikation in den sozialen Medien mit ihren Zwängen der Selbstdarstellung zwecks Machterhalt. Es verlangt das Heraustreten aus der politischen Rolle und die von diesen Zwängen befreite Reflexion über das eigene Handeln auf der Hinterbühne. Das ist die sechste, hier relevante soziologische Gesetzmäßigkeit, deren Formulierung wir Erving Goffman (1959) verdanken. Die Fähigkeit zur Selbstreflexion wird allerdings im politischen Alltagsgeschäft auf der Vorderbühne verlernt, erst recht im Zeitalter von Twitter-X. Das habe ich schon weit vor Twitter-X vor über dreißig Jahren in meinem Buch zur Dialektik der Kommunikationsgesellschaft diagnostiziert (Münch 1991).

HK: Herr Münch, danke für das spannende Gespräch! Ich hoffe, dass die Politik sich darauf besinnt, dass die aktuellen Polarisierungen nicht durch Ausgrenzung, sondern eher durch passende Formen der Integration und Beteiligung beziehungsweise durch die Nutzung demokratischer Verfahren überwunden werden können.

Literatur

- Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc 2006: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Downs, Anthony 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Elias, Norbert / Scotson, John L. 1990: *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, Erving 1959: *The Presentation of Self in Everyday Life*. New York: Anchor.
- Goodhart, David 2017: *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Kaube, Jürgen / Kieserling, André 2022: *Die gespaltene Gesellschaft*. Berlin: Rowohlt Berlin.
- Kleve, Heiko / Münch, Richard 2024: Die polarisierte Gesellschaft. *Zeitschrift für Konfliktmanagement*, 27. Jg., Heft 2, 65–68.
- Kumkar, Nils / Schimank, Uwe 2025: Gesellschaftliche Polarisierungen und soziologische Positionierungen. *Theoretische Reflexionen erhellenden Widerstreits. SOZIOLOGIE*, 54. Jg., Heft 1, 7–33.
- Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein 1967: Cleavage structures, party systems, and voter alignments: An introduction. In Seymour M. Lipset / Stein Rokkan (eds.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, 1–67.
- Luhmann, Niklas 1983: *Legitimation durch Verfahren*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1986: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus 2023: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus 2024: »Ja, aber«: Gesellschaftliche Konflikte verstehen. Eine Replik. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 76. Jg., Heft 2, 207–220.
- Münch, Richard 1968: Ein fiktives Ghetto der Wertfreiheit? *Forum Academicum*, 19. Jg., Heft 2, 16–18.
- Münch, Richard 1986: *Die Kultur der Moderne*. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard 1991: *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard 2022: *Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen. Regieren in den Fallstricken des Szientismus*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Münch, Richard 2023: *Polarisierte Gesellschaft. Die postmodernen Kämpfe um Identität und Teilhabe*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.

-
- Nassehi, Armin 2021: Unbehagen: Theorie der überforderten Gesellschaft. München: C.H. Beck.
- Popper, Karl R. 1957 [engl. Original 1945]: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. 2 Bände. Bern: Francke.
- Schelsky, Helmut 1965: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf, Köln: Diederichs.
- Schmidt, Volker H. 2005: Die Systeme der Systemtheorie. Stärken, Schwächen und ein Lösungsvorschlag. Zeitschrift für Soziologie, 34. Jg., Heft 6, 406–424.
- Simmel, Georg 1992 [1908]: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Weber, Max 1973 [1922]: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen: Mohr Siebeck.